

# AUSSPRACHE

## Um die Sicherung des sozialen Friedens

In der wirtschaftspolitischen Diskussion haben sich die Meinungsfronten so sehr verhärtet, daß eine Überwindung der Gegensätze unmöglich erscheint. Und doch sind sich alle verantwortungsbewußten Kreise darüber im klaren, daß so oder so zumindest eine Lockerung der Spannungen erreicht werden muß. Jeder Ansatz in dieser Richtung — gleichgültig von welcher Seite er ausgeht — verdient es daher, sorgfältig darauf untersucht zu werden, ob er geeignet ist, zur Lösung der sozialen Fragen unserer Zeit beizutragen.

Auf Unternehmerseite will die *Volkswirtschaftliche Gesellschaft e. V.* in Hamburg durch sachliche Aussprachen an die Klärung der umstrittenen Probleme herangehen. Sie tut das in einer Weise, die zu einigen Hoffnungen berechtigt, sofern sich die fortschrittlichen Elemente durchzusetzen vermögen und der Gefahr einseitiger Orientierung entschieden begegnet wird. Es geht der Gesellschaft vor allem darum, ein Bollwerk gegen eine bolschewistische Zersetzung zu errichten. Den kalten Krieg gegen die Ostpropaganda in den Betrieben zu gewinnen, betrachtet sie als eine ihrer Hauptaufgaben. Ihr besonderes Augenmerk richtet sie daher auf die Herstellung eines gesunden Verhältnisses zwischen Unternehmensleitungen und Belegschaften. Gespräche zwischen Unternehmern, die Unterrichtung der Junioren sowie „Mitarbeiteraussprachen“ sollen sich als bewährte Mittel erwiesen haben. Der Unterrichtung derjenigen, denen im Zusammenhang mit den nach dem Betriebsverfassungsgesetz zu bildenden Gremien wichtige Funktionen zufallen, wird erhebliche Bedeutung beigemessen. Es sollen aber auch diejenigen Kreise, die weder Unternehmer noch Arbeitnehmer sind, die sogenannte „dritte Kraft“ — Ärzte, Lehrer und Richter — systematisch mit dem Gedankengut der Gesellschaft vertraut gemacht werden. Man erachtet es als notwendig, die Vertreter der Kirchen mit ihren weitgehenden Auswirkungsmöglichkeiten in die heute bestehende wirtschafts- und sozialpolitische Problematik einzuführen. In einem staatsbürgerlichen Institut sollen die Erfahrungen der Praxis gesammelt, auf ihre theoretischen Erkenntnisse ausgewertet und wieder an die Praxis zurückgegeben werden. Seit über einem Jahr werden an zahlreichen Orten des Bundesgebietes sogenannte „Mitarbeiter-Seminare“ veranstaltet, in denen aktuelle Probleme unseres Wirtschafts- und Soziallebens diskutiert werden.

Der Aktionsradius der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft ist sehr groß. Soweit sie ihr Programm im Geiste der Toleranz, ohne Dema-

gogie und unter Vermeidung jeglicher Parteipropaganda durchführt, besteht wenig Grund, dagegen zu opponieren. Werden diese Bedingungen jedoch nicht erfüllt, dann kann hier sozialer Sprengstoff erzeugt werden, dessen Entzündung für Arbeiter wie Unternehmer katastrophale Folgen haben dürfte. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß die Überbetonung der „Betriebsfamilie“ keineswegs dazu angetan ist, das weitverbreitete Unbehagen und Mißtrauen in der deutschen Arbeiterschaft zu vermindern. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen Gegensätze, die sich in unserer jetzigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einfach nicht beseitigen lassen. Durch eine Verwischung dieser Gegensätze und die Vorspiegelung einer paradiesischen Betriebsharmonie leistet man dem Gedanken einer vollwertigen Partnerschaft keinen guten Dienst. Hinzu kommt in der Regel die Abwehr überbetrieblicher — d. h. gewerkschaftlicher — Einflüsse, die letzten Endes darauf hinausläuft, den einzelnen in neue Abhängigkeitsverhältnisse zu stoßen. Die stark forcierten Maßnahmen auf dem Gebiete der industriellen Beziehungen haben leider oft solche Tendenzen. Sie zielen nicht auf einen *vernünftigen Ausgleich* ab, sondern umgehen die Lösung der eigentlichen Probleme, indem sie sie auf eine andere Ebene verschieben.

Da die Volkswirtschaftliche Gesellschaft großen Wert auf die Verbindung mit gleichlaufenden Bestrebungen im Ausland legt, hält sie auch besondere Tagungen ab, auf denen maßgebliche Vertreter anderer Länder zu Worte kommen. Mitte Mai wurde in Zusammenarbeit mit der *Auslandswissenschaftlichen Gesellschaft* in Hamburg eine internationale Zusammenkunft arrangiert, bei der Maßnahmen zur Sicherung des sozialen Friedens in der gegenwärtigen Weltspannung besprochen wurden. Die wohlüberlegte Tagesordnung gliederte sich in drei Themenkreise: 1. Das soziale Problem nach einem Erfolg in der Verteidigung gegen den Kommunismus. Hierzu wurden vier Referate gehalten. *Dr. von Gadolin* (Dozent an der Universität Helsinki) sprach über die Haltung der finnischen Arbeiterschaft angesichts des verlorenen Krieges, der Flüchtlingsnot und der sowjetischen Nachbarschaft. Direktor *Heinrich Walther* (Berlin) gab Auskunft über den Kampf der Berliner Bevölkerung gegen den Kommunismus. *Heinz Barth* (Madrid) referierte über die Stimmung der spanischen Arbeiterschaft seit dem Ende des Bürgerkrieges. Am Beispiel der Tschechoslowakei gab *Vladimir Pekelski* (Brünn-München) eine Darstellung des Ablaufs der kommunistischen Machtergreifung in den Satellitenstaaten. 2. Ausländische Einflußnahme auf sozialpolitische Lösungsversuche. *Prof. Dr. Schwind* berichtete über die amerikanischen Eingriffe in die japa-

nische Betriebsstruktur und die japanische Sozialpolitik. Das Gegenstück dazu bildeten Ausführungen von *Präses Dr. Josef Schmitt* (Köln) über die britischen Eingriffe in die westdeutsche Betriebsstruktur und die westdeutsche Sozialpolitik. Schließlich gab *M. R. Boukobza* (Force Ouvrière, Paris) eine Übersicht über die Entwicklung der französischen Gewerkschaftsbewegung. 3. Die Aufgabe des Betriebes für psychologische Festigung gegenüber der kommunistischen Infiltration. Über die amerikanischen und deutschen Bemühungen um ein günstiges Betriebsklima sprachen *Fred Treitz* (Labour Officer beim US-Generalkonsulat Hamburg) und *Prof. Dr. Schrewe* (Hamburg).

Die Referenten analysierten die Wirtschafts- und Sozialstruktur der verschiedenen Länder und korrigierten dabei viele falschen Ansichten. Faßt man ihre Ausführungen zusammen, so stößt man auf zwei Grundtatsachen, die für die Abwehr des Kommunismus von Bedeutung sind: 1. Die Ursache für die Ausbreitung sowjetischer Ideologien waren in jedem Land schlechte soziale Verhältnisse. Der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung war so niedrig, daß die breite Masse gegen die bestehende Ordnung opponierte und dabei ein Opfer der kommunistischen Propaganda wurde. 2. Jedes Volk reagierte auf die kommunistische Bedrohung anders. Zwischen Finnland, Berlin, Spanien, Frankreich oder gar Japan bestehen praktisch keine Parallelen. Hieraus ergeben sich zwei Schlußfolgerungen: Einmal ist die beste Waffe gegen die Gefahr aus dem Osten die allgemeine Hebung des Lebenshaltungsniveaus. Zum anderen muß man sich davor hüten, die Maßnahmen, die in einem bestimmten Land unter gegebenen Voraussetzungen zum Erfolg führten, auf die eigenen Verhältnisse zu übertragen.

Uns interessieren hier in erster Linie die Konsequenzen, die sich aus der kommunistischen Bedrohung für die menschlichen Beziehungen in der deutschen Industrie ergeben. Bezeichnend ist wohl die Tatsache, daß die östliche Gefahr das Thema der Tagung bildete und offensichtlich der eigentliche Grund ist, aus dem heraus die Problematik der innerbetrieblichen Sozialpolitik in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion getreten ist. Erst jetzt, da Leib und Leben auf dem Spiele stehen, hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß an unserer Gesellschaftsordnung etwas nicht stimmt. Wir wollen die Motive hier außer acht lassen und uns mit dem Hinweis begnügen, daß in der deutschen Unternehmerschaft ernsthafte Anstrengungen gemacht werden, um das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf eine neue Grundlage zu stellen und damit dem Kommunismus den Boden zu entziehen. Eine bessere Sozialordnung kann aber auf verschiedenen Wegen erreicht werden. Es gibt in Deutschland zumindest zwei mächtige Gruppen, die sehr verschiedene Auffassungen über die Art und

Weise haben, auf die eine neue Ordnung verwirklicht werden kann: die Gewerkschaften und die Vereinigungen der Arbeitgeber. Soll eine Annäherung der gegensätzlichen Meinungen der beiden Sozialpartner in den Bereich des Möglichen rücken, dann werden Konzessionen nicht zu umgehen sein. Nach Lage der Dinge sind die Unternehmer aber diejenigen, die in erster Linie auf verschiedene Machtpositionen verzichten müßten, die sie heute innehaben. Tun sie das nicht, dann ist nicht abzusehen, wie sich an den augenblicklichen Zuständen Grundlegendes ändern soll. „Die Unternehmerschaft sollte endlich begreifen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Sie sollte begreifen, daß unsere unsoziale Marktwirtschaft mit ihrer sozial einseitigen Vermögensbildung nur möglich war infolge des politischen Schocks, den unser Volk von bolschewistischer Seite erhalten hat. Würde es uns nicht so deutlich demonstriert, wie wenig der Kommunismus imstande ist, eine bessere Sozialordnung aufzubauen, so gäbe es bei uns kein Verlangen nach Mitbestimmung, aber höchstwahrscheinlich auch kein Privateigentum mehr. Die Unternehmerschaft sollte begreifen, daß unsere restaurativen Verhältnisse, die aus dieser politischen Resignation möglich wurden, nicht von Dauer sein können, sondern daß ein Weg zum echten sozialen Ausgleich gefunden werden muß, ehe sich neue Radikalisierungstendenzen in unserem öffentlichen Leben zeigen.“<sup>1)</sup>

Auf der Zusammenkunft der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft machten sich zwei Strömungen bemerkbar, die für die Unternehmerschaft charakteristisch sein dürften. Die Vertreter der einen, der reaktionären, haben den Anschluß an die Gegenwart nicht gefunden. Sie leben noch im 19. Jahrhundert und kämpfen gegen einen extremen Marxismus, der nur in ihrer Phantasie eine Rolle spielt. Der vermeintlichen marxistischen Gefahr stellen sie eine liberale Ordnung mit romantischen Zügen entgegen. Patriarchalische Gedanken und „Führer-Gefolgschafts-Komplexe“ sind wesentliche Bestandteile ihrer „neuen“ Idee. Dieser Teil der Unternehmerschaft handelt oft in gutem Glauben, nicht selten aber auch aus engstirniger Verbissenheit und kurzsichtigem Egoismus. Die zweite Richtung ist fortschrittlich gesinnt. Hierher gehören vor allen Dingen die Junioren, die den sozialen Problemen aufgeschlossener gegenüberstehen und sich bemühen, zu einer tragbaren Lösung der Konflikte zu kommen. In diesen Kreisen stößt man auch auf Verständnis für die Anliegen der Gewerkschaften. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, zumindest zu einer loyalen Auseinandersetzung über die beiderseitigen Interessen, scheint durchaus vorhanden zu sein.

1) Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb „Der Kampf um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung“ in „Wirtschaftsdienst“, Heft 12/1952.

Die Frage nach dem Kern einer sozialen Neuordnung hat Prof. Schrewe mit dem Hinweis beantwortet, daß man den Menschen als Mensch ansprechen müsse. Diese Fähigkeit besitzt leider Seltenheitswert. Sie war bei manchen Unternehmern noch nie vorhanden. Aus diesem Grunde läuft sich auch die Human-Relations-Bewegung allmählich tot. Nicht ohne triftige Gründe macht man den Betriebsleitungen zum Vorwurf, daß sie mit Hilfe der innerbetrieblichen Sozialpolitik einen Keil zwischen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften treiben wollen. Da die Gefahren einer zu starken Bindung an das Unternehmen für die Unabhängigkeit und das Ausgeliefertsein des einzelnen an das Wohlwollen des Arbeitgebers viel zu offensichtlich sind, kann eine verantwortungsbewußte Gewerkschaftsorganisation den Experimenten auf diesem Gebiet nicht untätig zusehen. Wer sie ausschalten will, beschwört neue Spannungen herauf. Deshalb ist ganz entschieden vor derartigen Absichten zu warnen. Es müssen Mittel gefunden werden, die den Arbeiter vom Lohnsklaven zum mitgestaltenden und mitbestimmenden Partner machen. Daß man in diesem Bemühen aus der Sphäre des reinen Machtkampfes heraustreten und an die Stelle längst überholter Dogmen und demagogischer Tatsachenverdrehungen Toleranz, Vorurteilslosigkeit und Achtung vor gegensätzlichen Meinungen setzen muß, liegt auf der Hand. Aber „so notwendig es ist, die marxistische Klassenkampftheorie in ihren irrigem Konsequenzen abzulehnen, so notwendig ist auch die Feststellung, daß der soziale Fortschritt der letzten 100 Jahre ohne den Klassenkampf von unten nicht möglich gewesen wäre.“ Diese Worte, mit denen Prof. Ortlieb kürzlich eine Arbeitstagung der Akademie für Gemeinwirtschaft abschloß, sollten sich vor allen Dingen die Unternehmer zu Herzen nehmen, die veralteten Ideologien verhaftet sind und auf ihr Konto buchen, was ihnen in jahrzehntelangem Kampf abgerungen werden mußte.

Von besonderer Wichtigkeit ist wohl, daß die Gewerkschaften endlich als das respektiert werden, was sie sind: Eine Organisation, die dem Arbeitnehmer helfen will, die gesellschaftliche Stellung zu erlangen, die ihm ein Höchstmaß an politischer Freiheit und wirtschaftlicher Sicherheit gewährt. Wer den Gewerkschaften unlautere Absichten unterstellt und die Schuld an sozialen Spannungen grundsätzlich nicht bei sich, sondern immer nur bei anderen sucht, der braucht sich nicht zu wundern, wenn der Gedanke des Klassenkampfes neue Nahrung findet. Es wäre erfreulich, wenn die Volkswirtschaftliche Gesellschaft die Öffentlichkeit davon überzeugen würde, daß sie ohne Hintergedanken auf einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und eine Verständigung mit den Gewerkschaften hinarbeitet.

RICHARD BECKER